

„Das ist ein Spiel mit dem Feuer“

Junge Menschen sollen künftig nicht mehr von den Jobcentern betreut werden. Dagegen formiert sich massiver Widerstand.

VON GEORG MÜLLER-SIECZKAREK

AACHEN Das Urteil von Stefan Graaf, Sprecher des Netzwerks der Jobcenter in Deutschland, fällt knapp und deutlich aus: „Völlig unverständlich“ sei das, was da aus Berlin kommt; die Zerschlagung eines jahrelang entwickelten und bewährten Systems, die zu mehr Bürokratie führe, letztlich kein Geld spare und massive Folgen haben werde, nicht nur für die Betroffenen. Was den Chef des Jobcenters der Städteregion Aachen auf die Palme bringt, ist das Vorhaben der Ampel, bundesweit mehr als 700.000 junge Arbeitsuchende in Zukunft von der Bundesagentur für Arbeit betreuen zu lassen. Und das zu einem Zeitpunkt, an dem die gut 400 Jobcenter in Deutschland mit der Bürgergeldreform und der wachsenden Zahl von Geflüchteten bereits unter erheblichem Druck stehen – und auch noch mit merklich weniger Geld auskommen müssen.

Was genau ist geplant?

Die Bundesminister für Finanzen und Arbeit, Christian Lindner (FDP) und Hubertus Heil (SPD), wollen aus finanztaktischen Gründen junge Menschen unter 25 Jahren aus der Obhut der Jobcenter herausnehmen und ab 2025 von der Bundesagentur für Arbeit betreuen lassen – und zwar unabhängig davon, ob sie oder ihre Eltern Bürgergeld beziehen oder nicht.

Was verspricht sich die Bundesregierung davon?

Man wolle Arbeitsförderung „einheitlich und aus einer Hand anbieten“, heißt es aus dem Heil-Ministerium, und „sich überschneidende Zuständigkeiten“ zwischen Arbeitsagenturen und Jobcentern beseitigen.

Geh es auch ums Geld?

Ja. Hintergrund ist die angespannte Haushaltslage des Bundes. Kommt es wie geplant, belasten die Kosten nämlich nicht mehr länger den Etat des Bundesarbeitsministeriums, sondern müssen aus den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung finanziert werden, in die Beschäftigte und Arbeitgeber zu gleichen Teilen einzahlen. Geschätztes Sparvolumen für den Bund: rund 900 Millionen Euro jährlich.

Was kritisieren die Jobcenter?

Graaf spricht von einem Spiel mit dem Feuer. „Wir können damit



Protest gegen Reform der U25-Betreuung: Am 22. August demonstrierten Mitarbeiter der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung, des Sozialwerks Dürener Christen, der Low-tec und der Job-com am Rande des Düren-Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gegen die Pläne.

FOTO: GEORG MÜLLER-SIECZKAREK

nicht mehr die ganze Familie betreuen, obwohl wir die Verhältnisse von Eltern und Kindern in der Regel gut kennen.“ Graaf sieht darin auch ein falsches arbeitsmarktpolitisches Signal. „Deutschland hat weltweit die drittälteste Bevölkerung“, sagt Pressesprecher Daniel Gehring, in den kommenden Jahren gehen Millionen aus der Babyboomer-Generation in Rente, bereits jetzt wird der Mangel an Arbeitskräften quer durch alle Branchen zu einem ernstesten Konjunkturrisiko. Da müsse man alles daran setzen, junge Menschen fit für den Arbeitsmarkt zu machen.

„Dazu bedürfen viele Jugendliche jedoch zunächst weitreichender ganzheitlicher Unterstützung durch dezentrale sozialintegrative Hilfenetzwerke mit den Kommunen – mit Suchtberatung, Schuldnerberatung oder psychosozialer Betreuung.“ Genau das werde mit der geplanten Änderung schwieriger. Dieser radikale Systemwechsel werde „weitreichende gesellschaftliche, organisatorische und personelle Konsequenzen haben“, heißt es deswegen in einem Brandbrief des Jobcenter-Netzwerks an Arbeitsminister Heil.

Auch die Personalräte haben sich an die bei-



ZUR PERSON

Die Stimme der deutschen Jobcenter

Stefan Graaf ist seit Gründung der Jobcenter im Jahr 2011 Geschäftsführer des Jobcenters der Städteregion; zuvor leitete er seit 2005 die jeweiligen Vorgängerorganisationen, die ARGE Kreis Aachen und ab 2009 die ARGE Städteregion Aachen. Der 56-Jährige ist seit 2007 als Sprecher die Stimme aller Jobcenter auf Bundesebene und in NRW. (gms)

den Berliner Minister gewandt und sprechen von einem „haushaltspolitisch motivierten Taschenspielertrick“.

Wird die Änderung zu Problemen in der Betreuung führen?

Stefan Graaf nennt das ganze Vorhaben „ambitioniert und sehr risikobehaftet“. Der bislang geltende Grundsatz „Leistungen aus einer Hand“ wird durch das Herauslösen der Betreuung der Jugendlichen abgeschafft. Zusätzlich entstehen unübersichtliche Schnittstellen ohne erkennbare Vorteile für die Jugendlichen, meinen alle Bundesländer und Experten in seltener Einmütigkeit.

Ein „Riesenthema“ wäre auch der Personalübergang der bisherigen Fachkräfte aus den Jobcentern hin zur Agentur für Arbeit. „In Düren zum Beispiel gibt es nur kommunale Mitarbeiter“, sagt Graaf, „ob sie alle zur Agentur gehen werden, dahinter setze ich ein großes Fragezeichen.“ Und wo neue Mitarbeiter für die Bundesagentur in diesen Zeiten herkommen sollen, ist dem Jobcenter-Geschäftsführer ein Rätsel. Zudem sieht er, dass so die guten und richtigen Ideen der Bürgergeldreform konterkariert werden.

Regt sich auch außerhalb der Jobcenter Widerstand?

Ja, und zwar massiv. Vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) über sämtliche Landesregierungen, über Kommunen, Kreise und Kirchen bis hin zu Trägern der Weiterbildung hagelte es in den vergangenen Wochen

„Wir können damit nicht mehr die ganze Familie betreuen, obwohl wir die Verhältnisse von Eltern und Kindern in der Regel gut kennen“, sagt Stefan Graaf, Geschäftsführer des Jobcenters der Städteregion.

Kritik – auch in der Region. So warnt der Alsdorfer Bürgermeister Alfred Sonders (SPD), zugleich Vorsitzender des „Vereins für allgemeine und berufliche Weiterbildung“, vor einem „massiven Bruch eng vernetzter Förderungsstrukturen“ und der Aufgabe eines erfolgreich etablierten Modells. „Ich befürchte, dass gute, in vielen Jahren aufgebaute Strukturen zusammenbrechen, und wir einige Jahrgänge schlicht verlieren“, kritisierte Martina Forkel, Leiterin der Dürener Job-com, kürzlich in unserer Zeitung.

Am Dienstag vergangener Woche demonstrierten rund 100 Mitarbeiter der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung, des Sozialwerks Dürener Christen, der Low-tec und der Job-com am Rande des Düren-Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) lautstark gegen die Pläne. Gudrun Ritz, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Städteregionsrat, warnt, dass wertvolle Expertise und Erfahrung verloren gehen werde, die die Jobcenter über Jahre aufgebaut haben. Graaf: „Eine solche Solidarität habe ich noch nicht erlebt.“

Die Jobcenter sollen 2024 rund 500 Millionen Euro weniger erhalten. Gleichzeitig wachsen Kosten und Aufgaben. Wie passt das zusammen?

Gar nicht, meint der Praktiker Stefan Graaf. „Es ist immer klüger und sinnvoller, in Arbeit statt in Arbeitslosigkeit zu investieren.“ Der Jobcenterchef rechnet vor: Die

für 2024 geplanten Kürzungen bedeuten für seine Behörde rund 6,7 Millionen Euro weniger. Die Tarifsteigerungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst schlagen in diesem Jahr mit zwei Millionen und im kommenden Jahr mit 3,3 Millionen Euro zu Buche. Macht für 2024 unterm Strich ein Minus von zehn Millionen – „Geld, das letztlich für die Betreuung und Förderung langzeitarbeitsloser Menschen nicht zur Verfügung steht“, sagt Graaf – „jeder Prozentpunkt tut uns weh“.

Was kritisieren die Jobcenter noch?

Zudem sieht er die Gefahr, dass die Leistungen zum Lebensunterhalt bei reduzierter Förderung steigen und damit den Kürzungseffekt bei den Förderleistungen im Haushalt aufzehren.

Für ihn macht es sich der Staat hier einfach, indem er höhere Gehälter mit aushandelt, aber zugleich bei den Etats der Jobcenter den Rotstift ansetzt. „Dabei müssten die Tarifsteigerungen eigentlich eingepreist werden – zumal wir steigende Ausgaben für Energie, Miete oder Gerichtsgebühren haben.“ Auch Kurse und Schulungen, die das Jobcenter für seine Kunden finanziert, wurden und werden immer teurer.

Wirken die Folgen der Pandemie noch nach?

Ja. „Das hat was mit den Menschen gemacht. Seit Corona ist es für uns immer schwieriger, junge Leute zu erreichen“, weiß Stefan Graaf. „Wir müssen aber dranbleiben, um sie für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren.“ Gerade ärmere Menschen aus bildungsfernen Schichten

verlören noch mehr den Anschluss. Viele Jugendliche seien inzwischen „nachtaktiv“, hat Graaf beobachtet, tagsüber kaum zu erreichen. Da könnte es zum Beispiel durchaus Sinn machen, Kurse in den Abendstunden anzubieten.

Und was ist mit dem neuen Bürgergeld?

Die Einführung zum Jahresanfang sei verhältnismäßig geräuschlos, aber nicht mühelos über die Bühne gegangen. Für eine erste Bilanz sei es aber noch zu früh, meinen Graaf und Gehring. Zumal die zweite Stufe, die vor allem bessere Weiterbildungsangebote mit sich bringt, erst zum 1. Juli in Kraft getreten ist. Graaf ist es wichtig, dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen. So kann, wer eine mehrjährige Weiterbildung beginnt, 150 Euro monatlich zusätzlich erhalten.

Aus der Politik kommen bereits vereinzelte Rufe nach einer Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger. Macht das Sinn?

Stefan Graaf ist da zurückhaltend. „Man kann mit Zwang Menschen nicht so beeinflussen, dass ein Arbeitgeber mit ihnen glücklich wird.“ Stelle man in einem Jahr fest, dass sich eine nennenswerte Zahl „einen schlanken Fuß macht“ und die Lockerungen ausnutzt, könne man immer noch über Verschärfungen nachdenken. „Die allermeisten wollen ja arbeiten“, sagt Graaf, „man muss sie aber an die Hand nehmen.“ Denn in einer komplexer werdenden Welt leisteten die Jobcenter immer mehr Lebensberatung. „Das Bürgergeld geht ja deshalb bewusst in eine andere Richtung“, ergänzt Daniel Gehring, „weg vom Druck und hin zu mehr Hilfe“.

Zwar streitet die Koalition noch über die finanzielle Ausstattung der Kindergrundsicherung. Die Personalräte der Jobcenter schlagen schon jetzt Alarm und sprechen von einer „verwaltungsökonomischen Katastrophe.“ Warum?

Weil noch mehr Bürokratie droht. „Wir müssen verhindern, dass der jugendliche Flüchtling aus der Ukraine, der mit seinen Eltern in Monschau ankommt, für seinen Lebensunterhalt demnächst erst zur Kindergrundsicherung-Stelle gehen muss, und wenn das nicht reicht, dann noch zu uns kommen muss“, sagt Graaf. „Die Eltern würden vollständig vom Jobcenter betreut und für die Arbeitsintegration geht der Jugendliche zur Agentur für Arbeit. Das kann man doch nicht ernsthaft wollen.“ Zumal sich die Ampel eine Verwaltungsvereinfachung auf die Fahnen geschrieben hat. Vieles sei ungeklärt: So sei noch offen, wie hoch die Leistungen am Ende sein werden. „Das System muss dringend einfacher statt komplizierter werden“, fordert der Jobcenter-Chef. „Wir müssen aufpassen, dass wir Kinder und Eltern nicht im bürokratischen Bermudadreieck verlieren.“ Zudem müsse der Gesetzgeber im Auge behalten, was überhaupt noch zu leisten ist. „Auch bei uns ist der Fachkräftemangel immer mehr spürbar“, sagt Stefan Graaf.

Beschäftigungsträger in der Städteregion schlagen Alarm

Die Aachener Initiative Pro Arbeit übt heftige Kritik an den geplanten Streichungen von Bundesmitteln zur Integration Langzeitarbeitsloser unter 25.

VON MATTHIAS HINRICHS

AACHEN Mit gebündelten Kräften will die Aachener Initiative Pro Arbeit jetzt Alarm schlagen gegen drastische Streichpläne der Bundesregierung bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen unter 25 Jahren.

In Kürze soll Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), Finanzminister Christian Lindner (FDP) sowie den Landtags- und Bundesabgeordneten aus der Region ein geharnischter Protestbrief, gezeichnet von

etlichen einschlägigen Qualifizierungseinrichtungen, auf die Schreibtische flattern. „Mit den aktuell geplanten massiven Einsparungen im Budget für das SGB II droht ein drastischer Abbau von Qualifizierungs- und Beschäftigungsplätzen“, heißt es in einer gemeinsamen „Aachener Erklärung“ des Dachverbands der Arbeitsloseninitiativen im Grenzland, der rund 20 Organisationen angehören. Fast 1300 Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren, die bis dato Anspruch auf bestens ausdif-

ferenzierte Unterstützung geltend machen könnten, seien allein in der Städteregion Aachen von den Sparplänen betroffen.

Bewährte Konzepte aufgeben

Denn statt sie weiterhin individuell zu fördern, würden die Eingliederungshilfen für junge Erwerbslose im Bundesetat für 2024 de facto um rund 500 Millionen Euro gekürzt. Zudem wären im Zuge der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssu-

chende ab 2025 nicht mehr die Jobcenter, sondern die Bundesagentur für Arbeit für deren Vermittlung in den allgemeinen Beschäftigungsmarkt nach den Vorgaben des SGB III zuständig, um die Budgets der Jobcenter um weitere 900 Millionen Euro zu entlasten.

Damit würden zahlreiche bewährte Konzepte zur gezielten Integration junger Arbeitsloser ebenso wie eine ganzheitliche Betreuung, die nach der Einführung von Hartz IV entwickelt worden seien, praktisch wieder

aufgegeben, kritisiert Christina Herrmann, Vorsitzende von Pro Arbeit. Im Jobcenter der Städteregion sei seit 2005 ein hochwertiges, auf unterschiedliche Bedarfe ausgerichtetes Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebot geschaffen worden, das nun ohne Not zur Disposition gestellt werde. „Man will uns vorgaukeln, dass sich die Instrumentarien nicht ändern, aber diese Verschiebung der Kompetenzen ist aus unserer Sicht völlig unsinnig“, sagt Herrmann. Auch passgenaue Projekte

etwa für Erziehende, Migranten oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen blieben dabei auf kurz oder lang auf der Strecke.

Dabei schöpfe das Aachener Jobcenter die für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt bereitgestellten Mittel nahezu vollständig aus, betont Peter Brendel, stellvertretender Vorsitzender von Pro Arbeit. „Die Maßnahmen stabilisieren damit auch die öffentliche Infrastruktur und tragen zum gesellschaftlichen Miteinander bei.“